

Fragen

für die Fragestunde der 217. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 24. März 2021

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	51, 52	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 60	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 63
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 59	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	22, 23
Brandner, Stephan (AfD)	9, 10	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	61, 62
Brandt, Michel (DIE LINKE.)	53	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	37, 57	Luksic, Oliver (FDP)	30, 31
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	15, 64	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	1, 45
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	11, 46	Pflüger, Tobias (DIE LINKE.)	71, 72
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34	Renner, Martina (DIE LINKE.)	47, 48
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	39, 58	Rottmann, Manuela, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 66
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	54, 55	Schinnenburg, Wieland, Dr. (FDP)	12
Herbst, Torsten (FDP)	17, 32	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	69, 70
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	13, 14	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	18, 40
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 38	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5
Huber, Johannes (AfD)	4, 16	Völlers, Marja-Liisa (SPD)	27
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	19, 56	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	73
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	49, 50	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	2, 3
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	67, 68
Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36		

Abgeordnete

*Nummer
der Frage*

Zimmermann, Pia (DIE LINKE.)20, 21

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	16
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	23

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)

Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der noch nicht lange zurückliegenden Vorstellung des „Schutzbriefs“ gegen weibliche Genitalverstümmelung, der als Maßnahme in diesem Bereich meiner Meinung nach keineswegs weit genug geht, über eine etwaige Akutisierung der Lage bei den Genitalverstümmelungen aufgrund eines lockdownbedingten Wegbrechens möglicher Anlaufstellen für die Betroffenen, und gibt es weitergehende Pläne, Interventionsketten noch während und auch nach der Corona-Krise auszubauen (wenn ja, bitte konkrete Maßnahmen benennen; vgl. <https://aerztezeitung.de/Politik/Giffey-Genitalverstuemmelung-ist-schlimme-Menschenrechtsverletzung-416879.html> und <https://bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/entschieden-gegen-genitalverstuemmung-vorgehen-ministerin-giffey-stellt-schutzbrief-vor--165700>, jeweils abgerufen am 4. Februar 2021)?
2. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)

Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung aufgrund der Ergebnisse und Empfehlungen des Neunten Familienberichts, nach dem sich das Armutrisiko von Alleinerziehenden, Familien mit drei oder mehr Kindern sowie Familien mit Migrationshintergrund in den letzten Jahren auf hohem Niveau stabilisiert hat (vgl. Neunter Familienbericht, S. 446 ff.)?
3. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)

Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung aufgrund der Ergebnisse und Empfehlungen des Neunten Familienberichts, nach dem sich die Armut in Familien häufig verfestigt bzw. ein wiederkehrendes Problem darstellt (vgl. Neunter Familienbericht, S. 457)?
4. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)

Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die gestiegenen Opferzahlen durch häusliche Gewalt gegenüber Frauen, Männern und Kindern infolge des Hausunterrichts (www.sueddeutsche.de/politik/haeusliche-gewalt-mit-stock-und-guertel-1.5223871) einzudämmen, und werden diesbezüglich zusätzliche Haushaltsmittel oder Maßnahmen zur Verfügung gestellt, und falls ja, in welcher Höhe?

5. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Nachfrage nach und die Inanspruchnahme von Hilfsangeboten für gewaltbedrohte Frauen (Hilfetelefone, Frauenhäuser, Beratungsstellen) in Niedersachsen seit Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entwickelt, und welche zusätzlichen Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um Frauen und Kinder in der aufgrund von pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen besonderen häuslichen Situation vor Gewalt zu schützen?
6. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Stand der von der Bundesregierung geplanten Koordinierungsstelle UN-Dekade Menschen afrikanischer Herkunft, wie sie im Maßnahmenpaket des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus vorgesehen ist, und wie plant die Bundesregierung, die Zivilgesellschaft (insbesondere Organisationen der Diaspora) in die Ausgestaltung der Aufgaben der Koordinierungsstelle einzubeziehen (www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1819984/4f1f9673cf3faddf90e27f09c692abed/2020-11-25-massnahmen-rechtsextremi-data.pdf?download=1)?
7. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) seit Beschluss des Maßnahmenpakets des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus (www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1819984/4f1f9683cf3faddf90e27f09c692abed/2020-11-25-massnahmen-rechtsextremi-data.pdf?download=1) zum Aufbau bundesweiter Interessenvertretungen, u. a. muslimischer, migrantischer oder schwarzer Jugendinitiativen, unternommen, und welche Mittel werden hierfür im Haushaltsjahr 2021 aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes verwendet?
8. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Um wie viel wurden die Mittel des DeZIM-Instituts im Haushaltsjahr 2021 erhöht, um die im Maßnahmenpaket des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus (www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1819984/4f1f9683cf3faddf90e27f09c692abed/2020-11-25-massnahmen-rechtsextremi-data.pdf?download=1) genannten Maßnahmen umzusetzen, und plant die Bundesregierung, bereits im Jahr 2021 einen Rassismus- und Antidiskriminierungsmonitor durchzuführen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

9. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Krankenhaus- und Intensivbetten hierzulande jeweils in den Jahren von 2007 bis 2020, und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung?
10. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Was waren aus Sicht der Bundesregierung, im Vergleich zu anderen Staaten, die größten Erfolge im Bereich des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie?
11. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD) Welche Bundes- oder Landesbehörden haben entsprechenden ausländischen Einrichtungen nach Kenntnis der Bundesregierung wie viele COVID-19-Impfstoffdosen kostenfrei oder zu ermäßigten Entgelten überlassen (bitte nach Daten aufschlüsseln; (www.freiepresse.de/nachrichten/sachsen/sachsen-bayern-und-thueringen-helfen-tschechien-mit-corona-impfstoff-aus-artikel11368745)?)
12. Abgeordneter
Dr. Wieland Schinnenburg
(FDP) Welchen Einfluss hat die steigende Anzahl an Corona-Tests, insbesondere die Nutzung von kostenlosen Schnelltests und Selbsttests, nach Kenntnis der Bundesregierung auf den von der Bundesregierung als maßgeblich angesehenen 7-Tage-Inzidenzwert, insbesondere vor dem Hintergrund, dass durch mehr Tests mehr Corona-Fälle gefunden werden dürften und die Dunkelziffer der Infizierten sinkt?
13. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP) Welche Maßnahmen werden in Umsetzung des Gesetzes zur Fortgeltung der die epidemische Lage von nationaler Tragweite betreffenden Regelungen verlängert oder neu ergriffen, um die mir bekannt gewordene nach wie vor prekäre wirtschaftliche Lage der deutschen Krankenhäuser zu sichern, die durch die pandemiebedingten Ausfälle und Verschiebungen von Behandlungen verschärft wird?

14. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Plant die Bundesregierung eine zeitnahe weitere Aktualisierung der SARS-CoV-2-Impfpriorisierung, um Mitarbeitende im Bestattungswesen in der Impfgruppe 2 zu berücksichtigen, und wie begründet die Bundesregierung den Priorisierungsunterschied zu anderen „Personen, die im Rahmen der Ausübung eines Heilberufs mit einem erhöhten Expositionsrisiko tätig sind“ (vgl. www.bundesregierung.de/breg-de/themen/corona-informationen-impfung/corona-impfverordnung-1829940)?
15. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Welche Verträge sind seit Dezember 2019 zwischen dem Bundesgesundheitsministerium und der Aesculap Kontor GmbH, der Tectum Holding, der Lomotex GmbH und/oder der Lomotex Beteiligungs GmbH geschlossen worden (bitte den Maskenstückpreis und die Anzahl an Masken nennen; www.businessinsider.de/politik/deutschland/schillernder-investor-aus-london-das-ist-der-zweite-verdaechtige-im-korruptionsfall-nuesslein-b/)?
16. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die infolge des Lockdowns zunehmend psychisch belasteten Kinder und Jugendlichen (www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/jugendliche-und-corona-lockdown-essen-seele-auf, SPx F2Ez) vor langfristigen gesundheitlichen Schädigungen zu schützen, und welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um der steigenden Nachfrage nach Hilfsangeboten und psychotherapeutischen Klinikplätzen gerecht zu werden?
17. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Welche Bundesländer melden ihre Imp fzahlen nach Kenntnis der Bundesregierung nicht vollständig digital über das sogenannte Digitale Impfquotenmonitoring an das Robert Koch-Institut, und welche Impfstellen aus dem Freistaat Sachsen melden ihre Impfungen täglich über das Digitale Impfquotenmonitoring an das Robert Koch-Institut (www.wiwo.de/26927512.html)?

18. Abgeordnete
**Eva-Maria
Schreiber**
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der vom Chef des Serum Institute of India vorgetragene Kritik am „Rohmaterial-Nationalismus“ seitens der USA, die unter Anwendung eines Gesetzes aus Kriegszeiten die Ausfuhr von wichtigen Materialien für die Impfstoffproduktion untersagen, was die Herstellung der Vakzine in anderen Ländern verlangsamen könnte (siehe www.boersen-zeitung.de/dpa-afx/461ae27f-3a9a-4c24-abc0-2bb41de3ff43), und plant die Bundesregierung aufgrund dieser weltweiten Notlage, ihre Blockade der Initiative Südafrika und Indien zur zeitlich befristeten Freigabe der Patente auf COVID-19-Impfstoffe, die von 130 Ländern unterstützt wird, zu beenden (www.ipg-journal.de/re-gionen/global/artikel/patente-aufheben-pandemie-besiegen-4958/)?
19. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Beinhaltet der von der Bundesregierung an die Unternehmen UBIRCH und IBM in Auftrag gegebene digitale Impfnachweis („Digitaler Corona-Impfpass: IBM, Ubirch und fünf Blockchains“, www.heise.de, 9. März 2021) analog zum „grünen Impfbuch“ der EU („Was ist das ‚Grüne Impfbuch‘ der EU und wie wird es funktionieren?“, euronews, 17. März 2021) neben Informationen über den Impfstatus auch die Möglichkeit zur Erfassung des Immunstatus (zum Beispiel Antikörpernachweis nach durchgemachter Infektion) und Ergebnisse von Tests auf das Virus, und welche Planungen bestehen bei der Bundesregierung, konkrete rechtliche Folgen an die so erhobenen Daten zu knüpfen?
20. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Personen aus der Priorisierungsgruppe 1 (nach § 2 CoronaImpfV Schutzimpfungen mit höchster Priorität) trotz eigenen Wunsches keine Corona-Schutzimpfung erhalten haben, weil sie die Infektion bereits durchgemacht hatten (wenn möglich, bitte Anzahl nach Alterskohorten in Zehn-Jahres-Schritten angeben), und falls es Fälle gab, wer traf die Entscheidung, diese Personen nicht zu impfen?

21. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung aktuell die Realisierung der im Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2001 zur Pflegevolksversicherung in der Gestalt zweier Versicherungszweige dargelegten Möglichkeit, demzufolge der Gesetzgeber die einzelnen Gruppen dem einen oder anderen Versicherungszweig unter dem Gesichtspunkt einer ausgewogenen Lastenverteilung zuordnen durfte, angesichts des Umstandes, dass eine ausgewogene Lastenverteilung derzeit tatsächlich nicht realisiert wird (Heinz Rothgang: „Pflege als Teilleistungssystem? Ordnungspolitische Grundlagen zur Lastenverteilung in der Pflegeversicherung und ihre Implikationen“ in: Zerth, Jürgen/François-Kettner, Hedwig: „Pflegeperspektiven: ordnungspolitische Aspekte“, Heidelberg, 2020; Verlag Medhochzwei, S. 29 bis 41), und wird dabei ein Ausgleich der unterschiedlichen Risikostrukturen mittels eines Finanzausgleichs zwischen sozialer und privater Pflegeversicherung erwogen?
22. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Warum muss das Bundesministerium für Gesundheit bei der fachlichen und organisatorischen Umsetzung der Projektförderung durch den Projektträger Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. unterstützt werden (www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/ressortforschung/foerdermanagement.html)?
23. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Sieht die Bundesregierung als Mitglied im Exekutivrat der Weltgesundheitsorganisation eine Notwendigkeit, die Republik Taiwan besser in die Strukturen der Weltgesundheitsorganisation einzubinden (www.nippon.com/en/in-depth/d00598/)?
24. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist es vor dem Hintergrund, dass das Bundesgesundheitsministerium laut Medienberichten noch im Januar 2021 mitgeteilt habe, dass die insgesamt 300.000 vom Bund für das Hamburger Schulpersonal zur Verfügung gestellten KN95-Masken in „einem mehrstufigen Verfahren geprüft wurden“ (vgl. www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-masken-hamburg-schule-100.html), zu erklären, dass die Bundesregierung nun diesen Masken kurzfristig die Zulassung als medizinische Maske entzogen hat, wodurch die Hamburger Schulbehörde in der 11. Kalenderwoche die Nutzung aller 300.000 vom Bund zur Verfügung gestellten KN95-Masken für das Schulpersonal untersagt hat (vgl. www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-masken-hamburg-schule-100.html)?

25. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Krankenkassen bieten nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell kein elektronisches Authentifizierungsverfahren für die Beantragung einer elektronischen Patientenakte (ePA) an, und von wie vielen ePA-Nutzerinnen und -Nutzern geht die Bundesregierung aktuell krankenkassenübergreifend aus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

26. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Nach welchen Kriterien wird der barrierefreie Ausbau von Bahnhöfen im Rahmen des 1000-Bahnhöfe-Programms der Bundesregierung priorisiert (bitte einzelne Kriterien auflisten)?
27. Abgeordnete
Marja-Liisa Völlers
(SPD)
- Hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) das Planungsbüro SMA und Partner AG oder andere beauftragt, einen 4. Gutachterentwurf zum Zielfahrplan Deutschlandtakt zu erstellen, bzw. plant das BMVI, dies in den nächsten sechs Monaten zu tun, und wenn ja, warum ist dem so?
28. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann in der Sitzung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestages am 10. Februar 2021 zu verstehen, wonach es die Reaktivierung der Bahnstrecke zwischen Freiburg und Colmar schwer habe, wegen der hohen Kosten für die Rheinquerung das „Standardisierte Verfahren“ zu bestehen, und dürften die Chancen durch das angekündigte neue Standardisierte Verfahren steigen (vgl. Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann im Tagesspiegel „Background Verkehr & Smart Mobility“ vom 22. Januar 2021)?

